



124. Deutscher Ärztetag (online)

Beratungsergebnisse
zu Beschlüssen

Berlin
04.–05. Mai 2021

124. Deutscher Ärztetag 2021 **(online)**

Beratungsergebnisse zu Beschlüssen

Berlin, 04. bis 05. Mai 2021

Impressum

Copyright

© Bundesärztekammer 2021

Stand: 22.05.2022

Herausgeber

Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern),
Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin

Titelgrafik

rsplus Berlin, kommunikation und design
Flemmingstraße 8, 12163 Berlin

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.



Inhaltsverzeichnis

TOP I	Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Leitantrag zu Lehren aus der COVID-19-Pandemie	8
I - 01	Für ein zukunfts- und krisenfestes Gesundheitswesen	8
I - 01c	Änderungsantrag zu I - 01: Finanzierung der neuen Approbationsordnung	8
I - 02	Sprache schafft Wahrnehmung	8
I - 03	Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln	8
I - 04	Reform der Notfallversorgung: Schlüssiges Gesamtkonzept statt Stückwerk	8
I - 05	Praktische Ausbildung im Medizinstudium auch in der Coronapandemie sicherstellen!	9
I - 06	Schneller Zugang zu allen relevanten Fachinformationen	9
I - 07	Obligatorische Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr flächendeckend sicherstellen	9
I - 09	Notfallbehandlung im Krankenhaus unabhängig vom Versichertenstatus zu gewährleisten, gehört zum ärztlichen Selbstverständnis	9
I - 10	PJ-Mobilität braucht mehr Kooperation	9
I - 12	Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz gestalten	9
I - 13	Gute Krisenkommunikation in die Breite der Gesellschaft	10
I - 14	Fehlende Alltagstauglichkeit der Telematikinfrastruktur	10
I - 15	Die Coronapandemie prägt unser ärztliches Tun heute - die Klimakrise entscheidet über die globale Gesundheit der Menschheit	10
I - 16	Coronaimpfstoffversorgung für Länder des globalen Südens	10
I - 17	Forderungen zur Novellierung der Approbationsordnung für Ärzte	10
I - 18	Ambulante Ethikberatung	10
I - 19	Notwendige COVID-19-Impfstrategie für Kinder und Jugendliche 2021/2022	11
I - 20	Notwendigkeit des zügigen Beschlusses der neuen Ärztlichen Approbationsordnung	11
I - 21	Aus der Pandemie lernen	11
I - 22	Bedeutung baulicher Voraussetzungen für Infektionsschutz in Krankenhäusern	11
I - 24	Ärztlicher Personalabbau ist verheerendes Signal	11
I - 25	Den psychischen und körperlichen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche mit einem Maßnahmenpaket gegensteuern	11
I - 26	Ergänzung in der Richtlinie Hämotherapie	12
I - 27	Prozesse mit elektronischem Heilberufsausweis verbessern	12
I - 28	Mehr Gendersensibilität im Gesundheitswesen	12
I - 29	Mutterschutz: Vermeidbare Beschäftigungsverbote in Schwangerschaft und Stillzeit	12
I - 30	Intensivkapazitäten – stetige Auslastung führt zu Überlastung	13
I - 31	Post-COVID: Versorgung von Menschen mit psychischen	

	Erkrankungen intensivieren – sprechende Medizin fördern	13
I - 32	COVID-19-Pandemie: Schutzmaßnahmen für Kinder in Schulen ergänzen und weiterführen	13
I - 33	Geschlechtergerechte Repräsentation in den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung	13
I - 34	Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	13
I - 36	Zertifizierung digitalbasierter Fortbildungsmaßnahmen	14
I - 37	Stärkung der psychosozialen Unterstützung für Ärztinnen und Ärzte	14
I - 38	Digitale Innovationen im Gesundheitswesen brauchen aktive Beteiligung und Fortbildung der Ärzteschaft und Informationsangebote für Patienten	14
I - 39	Kein Ausschluss von Ärztinnen und Ärzten bei Prämienzahlung nach § 26d KHG	14
I - 40	Aussetzung der Sanktionen bei veralteten Telematikinfrastruktur-Konnektoren	14
I - 41	Rassebegriff im Genfer Gelöbnis	14
I - 42	Gemeinsame studentische Ausbildung nach neuer Approbationsordnung in Universität, Klinik, Öffentlichem Gesundheitsdienst und Praxis	14
I - 43	Antrag zur Übernahme von Dolmetscherkosten	15
I - 44	Aktualisierung der GOÄ	15
I - 45	Einführung digitaler Anwendungen	15
I - 46	Approbationsordnung und notwendige Änderungen	15
I - 47	Infektionsprävention in Aufnahmezentren und Gemeinschaftseinrichtungen für Flüchtlinge	16
I - 48	Ja zur Krebsfrüherkennung: Krebs macht keine Pause	16
I - 49	Bonuszahlung (Coronaprämie) für Medizinische Fachangestellte	16
I - 50	Coronaprämie für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen - auch für MFA in den Praxen	16
I - 52	Gegen einseitige Festschreibung von Fortbildungspflichten durch Einführung neuer ärztlicher Leistungen	16
I - 53	Stärkung der Führung und Verantwortung durch ärztliche Kompetenz in der Organisation des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und Verbesserung der Vernetzung zwischen den ÖGD-Strukturen	16
I - 54	Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und universitärer Krankenversorgung	16
I - 55	Keine Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte	16
I - 56	Analoge Impfpässe und Impfbescheinigungen müssen ihre Gültigkeit behalten	17
I - 58	Stärkung der betriebsmedizinischen Versorgung	17
I - 59	SARS-CoV-2-Impfstoffpatente unter fairer Vergütung des geistigen Eigentums zur Beendigung der Pandemie freigeben	17
I - 60	Berücksichtigung auch der Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern bei der "zweiten Coronaprämie"	17
I - 61	Notfallrettung verbessern durch Telenotärztinnen und Telenotärzte	17

TOP II	Änderung der §§ 1, 4, 5 und 9 der Satzung der Bundesärztekammer	18
II - 01	Sitz der Bundesärztekammer (§ 1 Absatz 3 der Satzung der Bundesärztekammer)	18
II - 02	§ 4 Absätze 1 und 4 der Satzung der Bundesärztekammer	18
II - 03	Hybridsitzungen des Vorstands der Bundesärztekammer (§ 5 Absatz 7 der Satzung der Bundesärztekammer)	18
II - 04	Funktion des Kassensführers (§ 9 Absatz 2 Satz 1 der Satzung der Bundesärztekammer)	18
TOP III	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018	19
III - 01	Qualitätsentwicklung vorantreiben - jetzt die Evaluation der Weiterbildung sichern	19
III - 02	Ärztliche Weiterbildungsstellen ausreichend und einheitlich finanzieren	19
III - 03	Qualitätssicherung der Weiterbildung	19
III - 04	Keine vorschnelle Integration psychologischer Inhalte in die ärztliche Weiterbildung	19
III - 05	Fragmentierung der Weiterbildungsbefugnisse nach neuer Weiterbildungsordnung vermeiden	19
TOP IIIa	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Klimawandel und Gesundheit in den Allgemeinen Inhalten	20
IIIa - 01	Abbildung der "Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit" in den Allgemeinen Inhalten der Weiterbildung für Abschnitt B	20
TOP IIIb	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Neuer Facharzt „Innere Medizin und Infektiologie" im Gebiet Innere Medizin	21
IIIb - 01	Einführung einer neuen Facharzt-Weiterbildung "Innere Medizin und Infektiologie" im Gebiet Innere Medizin	21
TOP IIIc	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Ergänzung im Kopfteil für Zusatz-Weiterbildungen mit Kurs-Weiterbildungen	22
IIIc - 01	Ergänzung im Kopfteil unter "Mindestanforderungen gemäß § 11 MWBO" für Zusatz-Weiterbildungen mit Kurs-Weiterbildungen	22
TOP IIId	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Manuelle Medizin	23
III d - 01	Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Manuelle Medizin	23
TOP IIIe	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Notfallmedizin	24
IIIe - 01	Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Notfallmedizin	24
TOP IIIf	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Tropenmedizin	25
III f - 01	Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Tropenmedizin	25

TOP IIIg	Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 - Sachstandsbericht eLogbuch	26
IIIg - 01	Mobile-Devices-Unterstützung im eLogbuch	26
TOP IVa	Konsequenzen des Urteils des BVerfG zum § 217 StGB - Allgemeine Aussprache	27
IVa - 01	Assistierter Suizid Sterbewilliger ohne schwere Erkrankung	27
IVa - 02	Breite Diskussion zu den Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum § 217 StGB führen	27
IVa - 03	Die Mitwirkung von Ärztinnen und Ärzten bei der Selbsttötung ist keine ärztliche Aufgabe	27
IVa - 04	Die Suizidprävention in Deutschland in den Fokus nehmen, unterstützen, ausbauen und verstetigen	27
IVa - 06	Beistand, Schutz und Transparenz - Eckpunkte aus ärztlicher Sicht für eine gesetzliche Regelung von Suizidbeihilfe	27
IVa - 07	Suizidprävention fördern	27
TOP IVb	Konsequenzen des Urteils des BVerfG zum § 217 StGB - Änderung des § 16 MBO-Ä	28
IVb - 01	(Muster-)Berufsordnung: Änderung § 16 Satz 3	28



124. Deutscher Ärztetag (Online)

04.05. - 05.05.2021



124. Deutscher Ärztetag (Online)

04.05. - 05.05.2021

TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Leitantrag zu Lehren aus der COVID-19-Pandemie

Für ein zukunfts- und krisenfestes Gesundheitswesen

(Drucksache I - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht:

Pressemitteilung am 04.05.2021 – Reinhardt: "Jetzt die richtigen Lehren aus der Pandemie ziehen."
Pressemitteilung am 05.05.2021 – Ärzteparlament fordert Nachbesserung beim Pandemiemanagement,
Pressemitteilung am 05.05.2021 – Ärzteparlament macht Druck bei Novellierung der Approbationsordnung,
Pressemitteilung am 10.05.2021 – Aufhebung der Priorisierung entlastet Arztpraxen,
Stellungnahme vom 14.05.2021,
Stellungnahme vom 21.05.2021,
Stellungnahme vom 03.06.2021,
Pressemitteilung am 07.06.2021 – Notfallversorgung an Patientenbedarfen und regionalen Strukturen orientieren,
Stellungnahme vom 16.06.2021,
Pressemitteilung am 05.07.2021 – Deutschsprachige Ärzteorganisationen fordern wissenschaftlich fundierte Bestandsaufnahme zu Corona-Schutzmaßnahmen,
Pressemitteilung am 08.09.2021 – Drohendem Ärztemangel mit kreativen Ideen begegnen,
Schreiben an die Beteiligten der Koalitionsverhandlungen am 17.11.2021,
Pressemitteilung am 02.12.2021 – Medizinische Fachangestellte für Ihren Einsatz in der Pandemie stärker würdigen,
Pressemitteilung am 15.12.2021 – Medizinische Fachangestellte für Ihren Einsatz in der Pandemie würdigen,
Pressemitteilung am 25.01.2022 – Dauerstress, Aggressionen, Mehraufwand – aber kein Bonus.

Änderungsantrag zu I - 01: Finanzierung der neuen Approbationsordnung

(Drucksache I - 01c) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Das Anliegen des Änderungsantrags wird in die Diskussion zur Novellierung der Ärztlichen Approbationsordnung (ÄApprO) aufgenommen.

Sprache schafft Wahrnehmung

(Drucksache I - 02) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Strukturierte Abfrage zu den bisherigen Aktivitäten der Landesärztekammern und der Bundesärztekammer; Beratung im Vorstand gemeinsam mit der Ständigen Konferenz der Vertreter der Geschäftsführungen der Landesärztekammern.

Ergebnis: Dem Ansinnen der Antragsteller kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachgekommen werden. Die Bundesärztekammer wirbt weiterhin aktiv für die Repräsentanz von Ärztinnen. Fragen der Anpassung der Benennung von Bundesärztekammer und Deutschem Ärztetag sollten zu gegebener Zeit erneut beraten werden.



Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln

(Drucksache I - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ).

***Ergebnis:** Die AkdÄ ist in der Task Force zur Sicherstellung der medikamentösen Versorgung in der Intensivmedizin sowie im Beirat nach § 52b Abs. 3b AMG zur Beobachtung und Bewertung der Versorgungslage mit Arzneimitteln zur Anwendung am Menschen beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) vertreten. Die im Antrag genannten Wirkstoffe sind bereits in den Listen der als versorgungsrelevant bzw. mit einem akut erhöhten Versorgungsrisiko eingestuften Wirkstoffe des BfArM aufgeführt. Um Versorgungsengpässe mit Propofol zu vermeiden, wurde die Verlängerung der Gestattung der Entnahme von Propofol aus 100-ml-Durchstechflaschen nach § 4 Abs. 5 MedBVSV bis zum 31.12.2021 erteilt.*

Reform der Notfallversorgung: Schlüssiges Gesamtkonzept statt Stückwerk

(Drucksache I - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen wurden bereits in der Stellungnahme der Bundesärztekammer vom 03.06.2021 an den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages übermittelt und werden weiterhin in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Praktische Ausbildung im Medizinstudium auch in der Coronapandemie sicherstellen!

(Drucksache I - 05) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Schneller Zugang zu allen relevanten Fachinformationen

(Drucksache I - 06) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Ein gemeinsam mit dem Ärztlichen Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) und dem Deutschen Ärzteblatt erarbeitetes Konzept wurde vom Vorstand begrüßt; derzeit wird ein webbasiertes Angebot durch das Deutsche Ärzteblatt umgesetzt.*

Obligatorische Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr

(Drucksache I - 07) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht*

Notfallbehandlung im Krankenhaus unabhängig vom Versichertenstatus zu gewährleisten, gehört zum ärztlichen Selbstverständnis

(Drucksache I - 09) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht: Pressemitteilung "Gesundheit ist ein Menschenrecht" am 10.12.2021 zum Tag der Menschenrechte. Die*



124. Deutscher Ärztetag (Online)

04.05. - 05.05.2021

Gewährleistung der Notfallbehandlung unabhängig vom Versicherten- oder Aufenthaltsstatus als zentraler Bestandteil des ärztlichen Selbstverständnisses. Weisungen der kaufmännischen Leitung von Kliniken, wie beispielsweise die Vorauszahlung eines Pauschbetrages als Bedingung für die Notfallbehandlung für Menschen mit ungeklärtem Versichertenstatus vorsehen, müssen Ärztinnen und Ärzte "auch im Rahmen ihrer Dienstverhältnisse nicht entgegennehmen".

PJ-Mobilität braucht mehr Kooperation

(Drucksache I - 10) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz gestalten

(Drucksache I - 12) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Inhaltlich größtenteils abgedeckt durch I - 45. Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gute Krisenkommunikation in die Breite der Gesellschaft

(Drucksache I - 13) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Fehlende Alltagstauglichkeit der Telematikinfrastruktur

(Drucksache I - 14) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Inhaltlich größtenteils abgedeckt durch I - 45. Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Die Coronapandemie prägt unser ärztliches Tun heute - die Klimakrise entscheidet über die globale Gesundheit der Menschheit

(Drucksache I - 15) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die beim 125. Deutschen Ärztetag 2021 unter dem TOP II Klimaschutz ist Gesundheitsschutz gefassten Beschlüsse konkretisieren und unterstützen das Anliegen der Antragsteller.*



Coronaimpfstoffversorgung für Länder des globalen Südens

(Drucksache I - 16) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht:*

Pressemitteilung am 06.05.2021 – #Impfpatente #COVAX #Pandemiemanagement #Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit #Coronapandemie #Ethikberatung,

Pressemitteilung am 02.07.2021 – WA, BÄK und die Pontifikale Akademie für das Leben unterstützen gemeinsam Impfstoffgerechtigkeit und wollen Impfskepsis begegnen

Forderungen zur Novellierung der Approbationsordnung für Ärzte

(Drucksache I - 17) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ambulante Ethikberatung

(Drucksache I - 18) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Einbringen in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, ggf. unter Verweis auf die Stellungnahme "Außerklinische Ethikberatung" der Zentralen Ethikkommission (ZEKO) von 2019 (DOI: 10.3238/baek_sn_aeb_2019), die 2020 von der Arbeitsgruppe "Ambulante Ethikberatung" des Vorstands der Bundesärztekammer im Deutschen Ärzteblatt veröffentlichten Fallvignetten sowie das 2021 vom Vorstand der Bundesärztekammer verabschiedete Curriculum „Medizinethik“.*

Notwendige COVID-19-Impfstrategie für Kinder und Jugendliche 2021/2022

(Drucksache I - 19) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat die Fragestellung im Ärztlichen Pandemierat beraten. Die Bundesärztekammer unterstützt die Empfehlung der Ständigen Impfkommission (StIKO) zur Impfung von Kindern unter 17 Jahren. Ferner hat sich die Bundesärztekammer ausführlich zur Schulöffnung und notwendigen Schutzmaßnahmen in ihrer Stellungnahme zur Anfrage des*

Bundesverfassungsgerichts vom 02.06.2021 geäußert.

Die Positionen werden weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Notwendigkeit des zügigen Beschlusses der neuen Ärztlichen Approbationsordnung (Drucksache I

- 20) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*



Aus der Pandemie lernen

(Drucksache I - 21) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Einrichtung eines nationalen Pandemierats mit Ärzten verschiedener Fachrichtungen, Juristen, Ethikern, Soziologen und Pädagogen zur Beratung der Politik wird seit langem gefordert. Die Forderung wurde u. a. bei der 16. Sitzung des Unterausschusses COVID-19-Pandemie des Deutschen Bundestages zur öffentlichen Anhörung "Pandemierat" vom 17.06.2021 gestellt (siehe auch Stellungnahme). Diese Forderung wird weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Bedeutung baulicher Voraussetzungen für Infektionsschutz in Krankenhäusern (Drucksache I - 22) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Ärztlicher Personalabbau ist verheerendes Signal

(Drucksache I - 24) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht:

Pressemitteilung am 05.05.2021 – Reform der Notfallversorgung erfordert Gesamtkonzept,
Pressemitteilung am 16.09.2021 – Patientensicherheit setzt bedarfsgerechte Personalausstattung voraus,
Pressemitteilung am 30.09.2021 – Krankenhäuser brauchen eine patienten- und aufgabengerechte Personalausstattung,
Stellungnahme vom 30.09.2021

Den psychischen und körperlichen Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche mit einem Maßnahmenpaket gegensteuern

(Drucksache I - 25) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Ergänzung in der Richtlinie Hämotherapie

(Drucksache I - 26) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die fachliche Beratung ist im Rahmen der Richtlinienanpassung 2017 erfolgt. Nach Prüfung der Notwendigkeit von gesetzlichen Regelungen ggf. Übernahme der Forderung in die politische Arbeit der Bundesärztekammer.



Prozesse mit elektronischem Heilberufsausweis verbessern

(Drucksache I - 27) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Übermittlung des Beschlusses an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), den Deutschen Apothekerverband (DAV), die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), die Bundeszahnärztekammer (BZÄK), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die gematik, den Beirat der gematik, den Bundesverband Gesundheits-IT e.V. (bvitg), den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), die Bitkom, die Bundespsychotherapeutenkammer, die Vertrauensdiensteanbieter (VDA) (TSI - T-Systems International GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises, MDS - Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, BDR - Bundesdruckerei, SHC - Stolle und Heinz Consultants Verwaltungs GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises), den Hartmannbund e.V., den Marburger Bund e.V., den NAV-Virchow-Bund e.V., den Verband der Leitenden Krankenhausärzte e.V. (VLK), den Deutschen Hausärzterverband e.V., die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF), den Bundesverband der Knappschaftsärzte e.V., die Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände e.V. (GFB) c/o BDC - Berufsverband der Deutschen Chirurgen, den Deutschen Ärztinnenbund e.V., Medi Geno Deutschland e.V., den Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFA) und den Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr am 19./20.05.2021.*

Mehr Gendersensibilität im Gesundheitswesen

(Drucksache I - 28) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Mutterschutz: Vermeidbare Beschäftigungsverbote in Schwangerschaft und Stillzeit

(Drucksache I - 29) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Intensivkapazitäten – stetige Auslastung führt zu Überlastung

(Drucksache I - 30) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat verschiedentlich die Schwächen der 7-Tage-Inzidenz als alleiniges Kriterium für die Einführung bzw. Aufhebung von tiefgreifenden Maßnahmen kritisiert. Der Ärztliche Pandemierat hat u. a. ein Modell diskutiert, dass die Einbeziehung der im DIVI-Intensivregister verfügbaren epidemiologischen Daten verwendet (u. a. die Anzahl der intensivpflichtigen Covid-19-Patienten der letzten sieben Tage, die Zahl der intensivpflichtigen Covid-19-Patienten, die invasiv beatmet werden, sowie die Anzahl der täglichen Neuaufnahmen von Covid-19-Patienten auf die Intensivstation). Zusätzlich wurde gefordert, die Surveillance im Sinne einer systematischen und kontinuierlichen Überwachung von Erkrankungen sowie Todesfällen in Deutschland zeitnah auszubauen, um auf Basis dieser Erkenntnisse bei der Planung und Evaluation von Maßnahmen die Politik künftig besser unterstützen zu können. Die Bundesärztekammer hat sich in ihrer Stellungnahme zur Anfrage des Bundesverfassungsgerichts vom 08.06.2021 ausführlich zu den Schwächen und möglichen Alternativvorschlägen geäußert.*

Weitere Bearbeitung der Fragestellung im Ärztlichen Pandemierat und Einbringung in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess.



Post-COVID: Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen intensivieren - sprechende Medizin fördern

(Drucksache I - 31) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess
eingebracht.*

COVID-19-Pandemie: Schutzmaßnahmen für Kinder in Schulen ergänzen und weiterführen

(Drucksache I - 32) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer,
Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Das Anliegen der Antragsteller wurde mit einem Schreiben des Präsidenten an die
Kultusministerkonferenz (KMK) vom 10.06.2021 sowie in der Stellungnahme zur Anfrage des
Bundesverfassungsgerichts vom 02.06.2021 aufgegriffen.*

Geschlechtergerechte Repräsentation in den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung

(Drucksache I - 33) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Berücksichtigung beim Forum „Dialog mit jungen Ärztinnen und Ärzten“ sowie bei
zukünftigen Gremienbesetzungen der BÄK. Darüber hinaus wird eine geschlechtergerechte
Repräsentation auch bei anstehenden Überarbeitungen von Statuten und Geschäftsordnungen der
BÄK berücksichtigt.*

Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst

(Drucksache I - 34) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Das Anliegen wurde bei verschiedenen Gelegenheiten von der Bundesärztekammer adressiert. Die
Forderungen werden auch künftig in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und
Entscheidungsprozess eingebracht werden. Die Anliegen der Antragsteller werden von der AG ÖGD
grundsätzlich geteilt und in die weiteren Beratungen einbezogen. Mit Schreiben vom 09.02.2022 wurde die
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über den Beschluss unterrichtet.*

Zertifizierung digitalbasierter Fortbildungsmaßnahmen

(Drucksache I - 36) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des
Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung".

***Ergebnis:** Die Ständige Konferenz hat sich zusammen mit den Fortbildungsverantwortlichen der Landesärzte-
kammern in den Monaten der Pandemie intensiv mit der Bewertung von digitalen Fortbildungsmaßnahmen und der
Interpretation von "Präsenz-Fortbildungen" befasst. Neu eingeführt wurde die Unterscheidung in "physische
Präsenz" und "virtuelle Präsenz". Für bestehende Fortbildungskategorien gemäß (Muster-)Fortbildungsordnung
wurden in der Pandemie Präsenzzeiten auch in Form von "virtueller Präsenz" anerkannt; das gilt auch für
Weiterbildungskurse. Zudem wurden Kriterien und eine Handhabung für Webinare entwickelt.*



Stärkung der psychosozialen Unterstützung für Ärztinnen und Ärzte

(Drucksache I - 37) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Digitale Innovationen im Gesundheitswesen brauchen aktive Beteiligung und Fortbildung der Ärzteschaft und Informationsangebote für Patienten

(Drucksache I - 38) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Fortbildung" und im Ausschuss "Medizinische Fachberufe".

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Kein Ausschluss von Ärztinnen und Ärzten bei Prämienzahlung nach § 26d KHG

(Drucksache I - 39) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht; ggf. Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium (BMG): Pressemitteilung am 06.05.2021 - #Impfpatente #COVAX #Padiemmanagement #Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit #Coronapandemie #Ethikberatung

Aussetzung der Sanktionen bei veralteten Telematikinfrastruktur-Konnektoren

(Drucksache I - 40) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

Ergebnis: Der Vorstand der Bundesärztekammer schließt sich der Zielsetzung des Antrages an. Das Anliegen der Antragsteller, sich gegen die vorgesehene Sanktionsstrategie zu verwehren, wird in diesem Sinne an geeigneter Stelle weiterbearbeitet.

Rassebegriff im Genfer Gelöbnis

(Drucksache I - 41) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Urheberschaft und Rechte liegen auch für die deutsche Version beim Weltärztebund (WMA), nicht bei der Bundesärztekammer. Das Thema wird weiterhin immer wieder von der BÄK in die internationale Diskussion eingebracht. Die Entscheidung des Bundestages zur Verwendung des Rassebegriffs im Grundgesetz sollte abgewartet werden, da die juristische Komponente bei Diskriminierung wichtig ist, um dann ggf. einen Änderungsvorschlag in Absprache mit den anderen deutschsprachigen Ländern in die WMA-Gremien einzubringen.



Gemeinsame studentische Ausbildung nach neuer Approbationsordnung in Universität, Klinik, Öffentlichem Gesundheitsdienst und Praxis

(Drucksache I - 42) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Ärztliche Ausbildung und Universitätsmedizin", anschließend Beratung im Vorstand.

***Ergebnis:** Der Ausschuss empfiehlt, diesen Beschluss nach Verabschiedung der Novelle der Approbationsordnung für Ärzte erneut aufzugreifen und zu diskutieren.*

Antrag zur Übernahme von Dolmetscherkosten

(Drucksache I - 43) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess mit Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit vom 10.08.2021 eingebracht. Ohne differenziertes Sprachverständnis kann es keine ausreichende medizinische Versorgung und Aufklärung geben. Dies gilt besonders auch für den Bereich der Psychotherapie. Es fehlen bis heute die gesetzlichen Voraussetzungen für die Kostenübernahme von Dolmetscherleistungen als Regelleistung durch die gesetzlichen Krankenkassen.*

Aktualisierung der GOÄ

(Drucksache I - 44) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer befindet sich in den abschließenden Abstimmungen mit dem PKV-Verband zum finalen Hochrechnungsmodell und einzelnen Bewertungsfragen.*

Einführung digitaler Anwendungen

(Drucksache I - 45) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Übermittlung des Beschlusses an das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV), die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), den Deutschen Apothekerverband (DAV), die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV), die Bundeszahnärztekammer (BZÄK), die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die gematik, den Beirat der gematik, den Bundesverband Gesundheits-IT e.V. (bvitg), den Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV), den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI), die Bitkom, die Bundespsychotherapeutenkammer, die Vertrauensdiensteanbieter (VDA) (TSI - T-Systems International GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises, MDS - Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen, BDR - Bundesdruckerei, SHC - Stolle und Heinz Consultants Verwaltungs GmbH als Anbieter des Heilberufsausweises), den Hartmannbund e.V., den Marburger Bund e.V., den NAV-Virchow-Bund e.V., den Verband der Leitenden Krankenhausärzte e.V. (VLK), den Deutschen Hausärzterverband e.V., die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF), den Bundesverband der Knappschaftsärzte e.V., die Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände e.V. (GFB) c/o BDC - Berufsverband der Deutschen Chirurgen, den Deutschen Ärztinnenbund e.V., Medi Geno Deutschland e.V., den Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e.V. (SpiFA) und den Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr am 19./20.05.2021.*



Approbationsordnung und notwendige Änderungen

(Drucksache I - 46) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss "Ärztliche Ausbildung und Universitätsmedizin".

***Ergebnis:** Der Ausschuss empfiehlt, die Vorstandsüberweisung nach Verabschiedung der Novelle der Approbationsordnung für Ärzte erneut aufzugreifen und zu diskutieren.*

Infektionsprävention in Aufnahmezentren und Gemeinschaftseinrichtungen für Flüchtlinge

(Drucksache I - 47) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Ja zur Krebsfrüherkennung: Krebs macht keine Pause

(Drucksache I - 48) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Bonuszahlung (Coronaprämie) für Medizinische Fachangestellte

(Drucksache I - 49) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat wiederholt die Bedeutung von Medizinischen Fachangestellten (MFA) in der Coronapandemie öffentlich hervorgehoben und Sonderzahlungen in Pressemitteilungen gefordert (u. a. am 11.02.2021); diese Forderung wird weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Coronaprämie für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen – auch für MFA in den Praxen

(Drucksache I - 50) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Die Bundesärztekammer hat wiederholt die Bedeutung von Medizinischen Fachangestellten (MFA) in der Coronapandemie öffentlich hervorgehoben und Sonderzahlungen in Pressemitteilungen gefordert (u. a. am 11.02.2021); diese Forderung wird weiter in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*

Gegen einseitige Festschreibung von Fortbildungspflichten durch Einführung neuer ärztlicher Leistungen

(Drucksache I - 52) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und im Ausschuss "Qualitätssicherung".

***Ergebnis:** Die Forderungen der Antragsteller wurden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) übermittelt.*



Stärkung der Führung und Verantwortung durch ärztliche Kompetenz in der Organisation des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und Verbesserung der Vernetzung zwischen den ÖGD-Strukturen (Drucksache I - 53) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Arbeitsgruppe "Öffentlicher Gesundheitsdienst".

Ergebnis: Der Beschluss wurde in der Arbeitsgruppe beraten; die Anliegen der Antragsteller werden unterstützt und in die weiteren Beratungen einbezogen. Mit Schreiben vom 09.02.2022 wurde die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) entsprechend unterrichtet. Die Forderungen werden weiterhin in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht werden.

Unabhängigkeit von Forschung, Lehre und universitärer Krankenversorgung

(Drucksache I - 54) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Keine Gewalt gegen Ärztinnen und Ärzte

(Drucksache I - 55) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Bundesärztekammer hat sich bereits dafür eingesetzt, dass der § 115 Abs. 3 StGB erweitert wird, so dass jetzt auch bei Straftaten auf Personen, die im ärztlichen Notdienst oder in einer Notaufnahme Hilfe leisten, in schweren Fällen künftig eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren möglich ist. Weitergehende Forderungen werden als rechtspolitisch nicht durchsetzbar erachtet, da die Systematik der §§ 110 ff. StGB eine Ausdehnung auf alle Ärztinnen und Ärzte nicht zulassen und im Übrigen die Schaffung eines Officialdeliktes zu keiner signifikanten Erhöhung der Sicherheit der Ärztinnen und Ärzte führen dürfte, da die Strafverfolgungsbehörden von sich aus keine Kenntnis von den Straftaten gegen Ärztinnen und Ärzte erlangen können.

Analoge Impfpässe und Impfbescheinigungen müssen ihre Gültigkeit behalten

(Drucksache I - 56) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

Stärkung der betriebsmedizinischen Versorgung

(Drucksache I - 58) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.



SARS-CoV-2-Impfstoffpatente unter fairer Vergütung des geistigen Eigentums zur Beendigung der Pandemie freigeben

(Drucksache I - 59) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ).

Ergebnis: *Im Vordergrund steht die weltweite Bereitstellung von Impfstoffen. Die Patentfreigabe wirft weitere Fragen auf, wie z. B. die qualitätsgesicherte Produktion der Impfstoffe und der Umgang mit Engpässen bei der Produktion und Bereitstellung von Nanopartikeln. Die Frage der Freigabe von Patenten ist somit sekundär, sie löst nicht die eigentlichen o. g. grundsätzlichen Probleme.*

Berücksichtigung auch der Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern bei der "zweiten Coronaprämie"

(Drucksache I - 60) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht; ggf. Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium (BMG): Pressemitteilung am 06.05.2021 - #Impfpatente #COVAX #Pandemiemanagement #Krisenkommunikation #Psychische Gesundheit #Coronapandemie #Ethikberatung*

Notfallrettung verbessern durch Telenotärztinnen und Telenotärzte

(Drucksache I - 61) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in den fachlich zuständigen Gremien.

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.*



**TOP II Änderung der §§ 1, 4, 5 und 9 der Satzung der
Bundesärztekammer**

Sitz der Bundesärztekammer (§ 1 Absatz 3 der Satzung der Bundesärztekammer)

(Drucksache II - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

§ 4 Absätze 1 und 4 der Satzung der Bundesärztekammer

(Drucksache II - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

Hybridsitzungen des Vorstands der Bundesärztekammer (§ 5 Absatz 7 der Satzung der Bundesärztekammer)

(Drucksache II - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.

Funktion des Kassenführers (§ 9 Absatz 2 Satz 1 der Satzung der Bundesärztekammer)

(Drucksache II - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: Der Beschluss spricht für sich. Die Änderung der Satzung wurde online bekanntgemacht. Darauf wurde im DÄBl. hingewiesen.



TOP III **Ärztliche Weiterbildung: (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018**

Qualitätsentwicklung vorantreiben – jetzt die Evaluation der Weiterbildung sichern

(Drucksache III - 01) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Weiterbildung" sowie in der Lenkungsgruppe eLogbuch und ggf. in den Finanzgremien, abschließende Beratung im Vorstand.

***Ergebnis:** Die Ständige Konferenz "Ärztliche Weiterbildung" befürwortet eine Evaluation der Weiterbildung und hat für die Ärztekammern einen Kernfragebogen für Weiterzubildende und Weiterbildungsbefugte entwickelt, welcher um kammer-spezifische Fragen ergänzt werden kann. Die Kammern befassen sich mit den Möglichkeiten der Umsetzung. Die Lenkungsgruppe eLogbuch war einbezogen.*

Hinsichtlich einer verpflichtenden Vorgabe zur Durchführung und Teilnahme an Evaluationen in der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) 2018 ist in § 5 Abs. 7 MWBO bereits geregelt, dass der zur Weiterbildung befugte Arzt verpflichtet ist, an Evaluationen und Qualitätssicherungsmaßnahmen der Ärztekammer zur ärztlichen Weiterbildung teilzunehmen. Ein darüberhinausgehender Regelungsbedarf wird derzeit nicht gesehen.

Ärztliche Weiterbildungsstellen ausreichend und einheitlich finanzieren

(Drucksache III - 02) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand.

***Ergebnis:** „Der Vorstand der Bundesärztekammer hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit Fragen zur Finanzierung der stationären und ambulanten Weiterbildung befassen wird.“*

Qualitätssicherung der Weiterbildung

(Drucksache III - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Weiterbildung".

***Ergebnis:** Die Ständige Konferenz geht davon aus, dass hierunter die Evaluation der Weiterbildung verstanden wird und unterstützt die Zielsetzung des Beschlusses. Im Übrigen wird auf das Ergebnis zur Drucksache III – 01 verwiesen.*

Keine vorschnelle Integration psychologischer Inhalte in die ärztliche Weiterbildung

(Drucksache III - 04) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Weiterbildung".

***Ergebnis:** Die Ständige Konferenz kann das Anliegen der Antragsteller grundsätzlich nachvollziehen. Vor dem Hintergrund, dass bei Beratungen zu Änderungsanträgen der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) 2018 die Änderungsnotwendigkeit nach bestimmten Kriterien wie bspw. Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, Weiterbildungsmöglichkeit, Wirtschaftlichkeit etc. regelmäßig geprüft wird und der Bundesärztekammer bislang kein Antrag vorliegt, psychologische Weiterbildungsinhalte in die MWBO zu implementieren, wird aktuell kein Handlungsbedarf gesehen.*



Fragmentierung der Weiterbildungsbefugnisse nach neuer Weiterbildungsordnung vermeiden (Drucksache III - 05) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Weiterbildung".

Ergebnis: Die Ständige Konferenz nimmt das Anliegen zur Kenntnis und empfiehlt den Ärztekammern, auf eingeschränkte Weiterbildungsbefugnisse möglichst zu verzichten, sofern alle Weiterbildungsinhalte des betreffenden Weiterbildungsganges durch den/die Befugten an der Weiterbildungsstätte vermittelt werden können



**TOP IIIa Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Klimawandel und
Gesundheit in den Allgemeinen Inhalten**

**Abbildung der "Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit" in den Allgemeinen
Inhalten der Weiterbildung für Abschnitt B
(Drucksache IIIa - 01)** (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Der Beschluss des 124. Deutschen Ärztetages 2021 wurde zum 30.06.2021 in der
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 umgesetzt.*



**TOP IIIb Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Neuer Facharzt
„Innere Medizin und Infektiologie“ im Gebiet Innere Medizin**

Einführung einer neuen Facharzt-Weiterbildung "Innere Medizin und Infektiologie" im Gebiet Innere Medizin

(Drucksache IIIb - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Der Beschluss des 124. Deutschen Ärztetages 2021 wurde zum 30.06.2021 in der (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 umgesetzt.*



**TOP IIIc Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Ergänzung im Kopfteil
für Zusatz-Weiterbildungen mit Kurs-Weiterbildungen**

Ergänzung im Kopfteil unter "Mindestanforderungen gemäß § 11 MWBO" für Zusatz-Weiterbildungen mit Kurs-Weiterbildungen

(Drucksache IIIc - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Der Beschluss des 124. Deutschen Ärztetages 2021 wurde zum 30.06.2021 in der (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 umgesetzt.*



**TOP IIIId Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Änderung im Kopfteil
der Zusatz-Weiterbildung Manuelle Medizin**

**Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Manuelle Medizin
(Drucksache IIIId - 01)** (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Der Beschluss des 124. Deutschen Ärztetages 2021 wurde zum 30.06.2021 in der
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 umgesetzt.*



**TOP IIIe Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Änderung im Kopfteil
der Zusatz-Weiterbildung Notfallmedizin**

Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Notfallmedizin

(Drucksache IIIe - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

***Ergebnis:** Der Beschluss des 124. Deutschen Ärztetages 2021 wurde zum 30.06.2021 in der (Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 umgesetzt.*



**TOP IIIf Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Änderung im Kopfteil
der Zusatz-Weiterbildung Tropenmedizin**

**Änderung im Kopfteil der Zusatz-Weiterbildung Tropenmedizin
(Drucksache IIIf - 01)** (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des
Vorstands

***Ergebnis:** Der Beschluss des 124. Deutschen Ärztetages 2021 wurde zum 30.06.2021 in der
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 umgesetzt.*



**TOP IIIg Ärztliche Weiterbildung:
(Muster-)Weiterbildungsordnung 2018 – Sachstandsbericht
eLogbuch**

Mobile-Devices-Unterstützung im eLogbuch

(Drucksache IIIg - 01) (Vorstandsüberweisung) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands: Die Arbeitsgruppe "Lenkungsgruppe Umsetzung eLogbuch" hat sich mit der Thematik bereits befasst und zunächst für eine Drittanbieter-Schnittstelle ausgesprochen. Daher Beratung im Vorstand zum grundsätzlichen Vorgehen, in der Ständigen Konferenz "Ärztliche Weiterbildung" und ggf. in den Finanzgremien.

***Ergebnis:** Die Ständige Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“ kann das Anliegen bezüglich einer App-Unterstützung für Mobilgeräte und Offline-Funktionalität grundsätzlich nachvollziehen. Bereits am 07./08.10.2019 wurde in der SKO WB eine App-Unterstützung mit „Offline“-Dokumentationsfunktion thematisiert. Da das eLogbuch auch in der Browser-App auf mobilen Geräten funktioniert, wurde eine App zur Nutzung des eLogbuchs im Sinne einer Anwendung auf dem Smartphone oder Tablet (Apple/Android) nicht als notwendig erachtet. Auch die Programmierung einer eigenständigen App wurde aufgrund der damit verbundenen hohen finanziellen und personellen Ressourcen kritisch gesehen. Die AG „Lenkungsgruppe Umsetzung eLogbuch“ (LG) hat sich im Juni 2021 erneut über eine App-Lösung ausgetauscht und in der Diskussion unterstrichen, dass die Erstellung einer App nicht ausreichend ist, da für alle gängigen Systeme eine App erstellt werden müsste, die in der Folge jeweils auch zu pflegen und zu warten wären. Aus Sicht der LG ist es daher empfehlenswert, zunächst die für dieses Jahr geplante Etablierung der Drittanbieter-Schnittstelle abzuwarten. Mit dieser Lösung wird es Drittanbietern erlaubt, die von Weiterzubildenden in einer eigenen App erfassten Daten (bspw. OP-Zahlen) an das eLogbuch zu senden; dies würde die Grundlage für eine „BÄK-App“ darstellen. Nach Programmierung und Nutzung der Schnittstelle sollte das Thema „App-Entwicklung“ erneut in die SKO WB eingebracht und beraten werden. Die Ständige Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“ schließt sich dem von der LG vorgeschlagenen Vorgehen an.*



**TOP IVa Konsequenzen des Urteils des BVerfG zum § 217 StGB –
Allgemeine Aussprache**

Assistierter Suizid Sterbewilliger ohne schwere Erkrankung

(Drucksache IVa - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Berücksichtigung in "Hinweise der Bundesärztekammer zum ärztlichen Umgang mit Suizidalität und Todeswünschen". Im Übrigen Berücksichtigung bei Stellungnahmen bei zu erwartenden, einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben.*

Breite Diskussion zu den Konsequenzen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum § 217 StGB führen

(Drucksache IVa - 02) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Berücksichtigung in "Hinweise der Bundesärztekammer zum ärztlichen Umgang mit Suizidalität und Todeswünschen". Im Übrigen Berücksichtigung bei Stellungnahmen bei zu erwartenden, einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben.*

Die Mitwirkung von Ärztinnen und Ärzten bei der Selbsttötung ist keine ärztliche Aufgabe

(Drucksache IVa - 03) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Berücksichtigung in "Hinweise der Bundesärztekammer zum ärztlichen Umgang mit Suizidalität und Todeswünschen". Ferner Berücksichtigung bei Stellungnahmen bei zu erwartenden, einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben und weiteren gesundheitspolitischen Statements.*

Die Suizidprävention in Deutschland in den Fokus nehmen, unterstützen, ausbauen und verstetigen

(Drucksache IVa - 04) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Berücksichtigung in "Hinweise der Bundesärztekammer zum ärztlichen Umgang mit Suizidalität und Todeswünschen". Berücksichtigung bei Stellungnahmen zu einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben.*

**Beistand, Schutz und Transparenz - Eckpunkte aus ärztlicher Sicht für eine gesetzliche
Regelung von Suizidbeihilfe**

(Drucksache IVa - 06) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Berücksichtigung bei Stellungnahmen bei zu erwartenden, einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben.*



Suizidprävention fördern

(Drucksache IVa - 07) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands und

Ergebnis: *Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Berücksichtigung in "Hinweise der Bundesärztekammer zum ärztlichen Umgang mit Suizidalität und Todeswünschen". Berücksichtigung bei Stellungnahmen zu einschlägigen Gesetzgebungsvorhaben.*



**TOP IVb Konsequenzen des Urteils des BVerfG zum § 217 StGB –
Änderung des § 16 MBO-Ä**

(Muster-)Berufsordnung: Änderung § 16 Satz 3

(Drucksache IVb - 01) (Beschluss) Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer, Beschluss des Vorstands

Ergebnis: *Der Beschluss spricht für sich; Änderung der MBO-Ä wurde online sowie im DÄBl. bekanntgemacht.*